

24.08.2020

## **Aktuelle Stunde**

**auf Antrag  
der Fraktion der SPD**

### **Stahl ist Zukunft – wie reagiert die Landesregierung auf die aktuelle Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in der Stahlsparte von ThyssenKrupp**

Der Chef der ThyssenKrupp-Stahlsparte Bernhard Osburg hat in einem Interview am 21. August erklärt, ThyssenKrupp benötige massive staatliche Hilfen zum Umbau der Stahlproduktion. Die aktuelle Lage sei angesichts des Einbruchs etwa der Nachfrage aus dem Automobilbereich „brutal“. In der Branche und bei den Beschäftigten wächst die Sorge, dass die Corona-Krise dazu führt, dass ThyssenKrupp ebenso wie auch anderen deutschen Stahlunternehmen, die Ressourcen fehlen, um die notwendigen Modernisierungs- und Transformationsinvestitionen vorzunehmen.

Die Bundesregierung hat mit ihrem „Handlungskonzept Stahl“ ein mit den Tarifpartnern abgestimmten Aktionsplan für den Schutz und die Modernisierung der deutschen Stahlindustrie im Juli vorgelegt. Für Nordrhein-Westfalen ist eine diese Konzeption ergänzende und unterstützende Landesstrategie nicht bekannt. Angesichts der nun von ThyssenKrupp geschilderten Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage könnten die auf Bundesebene angelegten Schritte und Maßnahmen jedoch zu kurz greifen. Insbesondere finden offensichtlich keine Gespräche der Landesregierung mit den Beschäftigten bzw. ihren Betriebsräten statt.

Diese Fragen sind von großer Dringlichkeit angesichts der jüngsten Äußerungen des in NRW ansässigen größten deutschen Stahlunternehmens und von besonderem öffentlichem Interesse, da neben dem Unternehmenssitz von ThyssenKrupp Steel in Duisburg hier auch der größte deutsche Stahlproduktionsstandort beheimatet ist.

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen beantragt daher für das Plenum am 26. und 27. August eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Stahl ist Zukunft – wie reagiert die Landesregierung auf die aktuelle Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in der Stahlsparte von ThyssenKrupp“.

Im Zuge der aktuellen Stunde soll diskutiert werden, welche akuten Maßnahmen und Schritte in den kommenden Wochen und Monaten die Landesregierung anstoßen sollte, um auf die sich zuspitzende Lage in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie zu reagieren. Insbesondere ist die Frage zu erörtern, ob und wenn ja, mit welchen Konditionen und in welchem Maße die Landesregierung eigene zusätzliche Mittel für die von ThyssenKrupp und anderen Branchenunternehmen vor dem Hintergrund der aktuellen Krise eingeforderte Unterstützung für die zukunftsgerichtete Modernisierung bereitstellen sollte.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Marc Herter  
Frank Sundermann

und Fraktion